



Update aus Berlin

September (III)

NEUES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

„Deutschland durch die Krise führen, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen helfen, den Gasmarkt stabilisieren, Versorgungssicherheit gewährleisten“ – diesen Titel trägt das sechsseitige Eckpunktepapier, das Olaf Scholz heute vorgestellt hat. Die Bundesregierung hat sich auf einen umfassenden Abwehrschirm für verschiedenste Bereiche geeinigt. Die Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, die wir weiterhin alltäglich zu spüren bekommen, sollen so weitestgehend abgefedert werden. Statt der Gasumlage wird beispielsweise die Gaspreisbremse eingeführt – mehr dazu erfahrt Ihr gleich auf Seite 2 dieses Updates. Eine Strompreisbremse wird ebenfalls einführt, und zwar umgehend – das Geld stammt aus den Zufallsgewinnen der Kraftwerke, die aktuell von der Krise profitieren. Genauer habe ich das bereits in meiner Rede in der letzten Woche erläutert, nachzulesen im letzten Update und im Eckpunktepapier. Zudem soll der Wirtschaftsstabilisierungsfonds reaktiviert werden, es wird eine EU-Abgabe für Energie-Unternehmen eingeführt und die Umsatzsteuer auf Gas reduziert. Auch die Bürokratie für Unternehmen soll auf das mögliche Minimum heruntergefahren werden. Nähere Infos zu den geplanten Maßnahmen könnt Ihr hier im Papier zum Abwehrschirm direkt nachlesen.

Wenn es um Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß geht, ist oft auch der Bausektor gemeint – gerade der Baustoff Zement ist beispielsweise zwar ein Alleskönner, aber eben kein Klimakönner. Damit sich das ändert, haben wir uns diese Woche mit Fach- und Branchenvertretern ausgetauscht. Mit Erfolg, wie ich finde. Den ausführlichen Bericht könnt Ihr auf Seite 4 nachlesen. Auch ansonsten hat diese Woche spannende Termine, wichtige Inhalte und neue Erkenntnisse geboten. Alle Hintergründe dazu findet Ihr in diesem Update.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes langes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Gaspreisbremse statt Gasumlage >>> Preisverleihung der Stiftung "Lebendige Stadt" >>> Fachgespräch "Grüner Zement" >>> "Friedensmacht SPD" mit Dietmar Nietan >>> Bürgersprechstunde am 04.10. >>> Termine der Woche. >>> Was sonst noch passiert ist.

Gaspreisbremse statt Gasumlage

Das Morning-Briefing am Montag ist im SPIEGEL mit dem Titel „Die Gas-völlig-unklar-lage“ erschienen. Ist es wirklich so unklar? Nein. Mit einem „Doppelwumms“ will Olaf Scholz einen „Abwehrschirm“ aufspannen, wie er aus seiner Corona-Isolation heraus erklärte. Die Bundesregierung will mit einem Abwehrschirm von bis zu 200 Milliarden Euro Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in der Energiekrise vor untragbaren Kosten schützen. Mit dem 200 Milliarden Euro großen Abwehrschirm spannt die Bundesregierung ein Sicherheitsnetz für unsere Gesellschaft ein. Der Bund wird diese gewaltige Summe in die Hand nehmen, um die Lasten der steigenden Energiekosten zu dämpfen und den Wohlstand in Deutschland zu sichern. Mit dem Geld sollen private Haushalte, aber auch Betriebe unterstützt werden – konkret mit einer **Preisbremse auf Strom und Gas**. Die Strompreisbremse wird bereits vorbereitet, für die Gaspreisbremse erwartet man zeitnah Vorschläge aus der dafür eingesetzten Kommission. Für private Haushalte und kleine bis mittelständische Unternehmen wird ein sogenannter „Basisverbrauch“ subventioniert. Größere Unternehmen sollen in ähnlicher Weise entlastet werden.

Wer mehr verbraucht, soll aber den dafür üblichen Marktpreis zahlen. So wird auch der Anreiz erhalten bleiben, weiterhin Energie einzusparen. Der Verbrauch muss weiterhin sinken, „Spitzenverbräuche“ werden nicht subventioniert werden.

Damit tut die Ampel-Koalition sehr viel dafür, dass wir gemeinsam gut durch die Krise kommen. Wir sichern Arbeitsplätze und stärken den sozialen Zusammenhalt. Klar ist jedoch auch, dass wir uns im nächsten Schritt verstärkt der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes zuwenden müssen. Dafür werden wir in dieser Legislaturperiode den verschärften Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Geldwäsche vorantreiben sowie auch neue Instrumente wie zum Beispiel eine Übergewinnabgabe bei den großen Energie-Konzernen nutzen.



Preisverleihung der Stiftung "Lebendige Stadt"



Am Mittwoch durfte ich bei der Preisverleihung der Stiftung „Lebendige Stadt“ eine Laudatio auf die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler halten. 2021 war ein Jahr mit vielen Herausforderungen für die Städte und Kommunen. Besonders stark von der Flutkatastrophe in Deutschland im Sommer 2021 getroffen war **die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler** im nördlichen Rheinland-Pfalz getroffen.

Die Infrastruktur wurde vollständig zerstört. Viele Häuser mussten abgerissen werden oder sind bis heute nicht bewohnbar. Einige Bewohner des Tals wissen immer noch nicht, ob ihre Immobilie wieder hergestellt werden kann.

Insbesondere für die Kinder und Jugendlichen in der Region war dies ein schlimmes Ereignis, denn es wurde nicht nur ihr Zuhause zerstört, sondern auch Kindergärten, Schulen, Sportplätze, Schwimmbäder und zahlreiche öffentliche Spielplätze.

Um für die Kinder wieder Orte zu schaffen, an denen sie sich sorglos austoben können und ihnen einen Teil ihrer Kindheit zurückzugeben, hat die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler in Kooperation mit dem **Verein für Wiederaufbau und Katastrophenhilfe „Die AHRche e.V.“** zahlreiche Spielplätze im Stadtgebiet wieder hergestellt.

Dank vieler zweckgebundener Spenden ist dieser schnelle und unbürokratische Wiederaufbau überhaupt möglich geworden. Für dieses großartige Engagement bekommt der Verein AHRche e.V. eine Auszeichnung „Die engagierte Stadtgesellschaft“, die mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro dotiert ist. Es ist für mich eine große Ehre, im Humboldt-Forum in Berlin eine Laudatio für Bad Neuenahr-Ahrweiler zu halten.



Vom Klimakiller zum Klimaretter? Bernhard Daldrup Gastgeber der Fachkonferenz „Grüner Zement“ in Berlin (1/2)



In der Diskussionsrunde: Franziska Maschek (MdB) und Staatssekretär Sören Bartol

Es gibt wohl kaum eine Veranstaltung in Berlin, in der schon so häufig der Name der Stadt Beckum gefallen ist. Wenn sich die Spitzen der deutschen Zementindustrie zum Austausch mit der Politik einfinden, ist das aber sogar naheliegend. Liegt doch im Kreis Warendorf bekanntermaßen eine der Zementhochburgen Deutschlands. Bernhard Daldrup, heimischer Bundestagsabgeordneter, hatte die Branchenvertreter zum Fachgespräch eingeladen. „Rund die Hälfte des Rohstoffverbrauchs und mehr als ein Drittel des gesamten Abfalls in der EU entfallen auf den Gebäudesektor.“ Direkt zum Auftakt benennt Sören Bartol, der als parlamentarischer Staatssekretär Bauministerin Geywitz vertritt, die harten und ungeschönten Fakten. Gleichzeitig wird günstiger Wohnraum mehr gebraucht denn je. Zement ist nicht nur dafür oft das Mittel der Wahl: „Zement löst viele Probleme – aber er ist alles andere als problemfrei“, schildert Bernhard Daldrup das Dilemma. Vier Prozent der deutschen Treibhausgase entfallen auf die Zementindustrie. Das wolle und müsse man ändern, beteuert der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, und erntet Zustimmung im Saal.

Pioniere und Wegbereiter

Im Publikum sitzen Gäste aus Politik und Praxis: Abgeordnete, Unternehmerinnen, Handwerker, Werksleiterinnen. Sie alle kennen die Problemlage und damit auch die Ungewissheit für ihre Branche, ihren Baustoff, ohne den kaum ein Gebäude auskommt. Einige von ihnen bereiten als Pioniere bereits den Weg für eine klimafreundlichere Zement- und Betonherstellung:

Der Verein Deutscher Zementwerke bietet mit seiner Roadmap zur Dekarbonisierung von Zement die Grundlage. Wichtig zu wissen: Im Herstellungsprozess entfällt ein Drittel der Emissionen auf die Verbrennung. Hier setzen einige Konzerne bereits an und verwenden Biomasse als Brennmaterial. Auch die dabei entstehende Abwärme kann gespeichert und genutzt werden, für Nah- oder Fernwärme, wie es in anderen Industriebereichen bereits der Fall ist.

Vom Klimakiller zum Klimaretter? Bernhard Daldrup Gastgeber der Fachkonferenz „Grüner Zement“ in Berlin (2/2)

Erste Vorzeigeprojekte gibt es bereits: Die Firma CEMEX will bis 2030 ein klimaneutrales Zementwerk fertigstellen. Holcim, mit einem Standort in Beckum auch im Kreis Warendorf vertreten, setzt unter anderem auf Regionalität: Kurze Transportwege zwischen Steinbrüchen und Zementwerken sorgen für eine effiziente und ökologische Logistik. In Kombination mit der Weiterverwendung des ausgestoßenen CO₂s und dem Betreiben von Kreislaufwirtschaft sei man so in der Lage, 70% gegenüber herkömmlichem Zement einzusparen, berichtet Geschäftsführer Thorsten Hahn. Noch einen Schritt weiter geht der Initiator des mittlerweile weit über Beckums Grenzen hinaus bekannten 3D-Druck-Hauses, Georgios Staikos. Neben der vermehrten Verwendung von Robotik setzt sein Erfindergeist in der Zukunft auf Hanf als klimafreundlichen Bestandteil von Beton.

"Ohne Politik und Gesellschaft geht es nicht"

Ob Kreislaufwirtschaft, Abwärmennutzung, alternative Materialien oder Effizienzsteigerung durch künstliche Intelligenz, eines haben alle geplanten Maßnahmen gemeinsam: „Es ist das erste Mal, dass es in unserer Industrie ein Thema gibt, das wir nicht alleine lösen können, sondern nur Hand in Hand mit Politik und Gesellschaft“, fasst Dr. Martin Schneider zusammen, Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Zementwerke.

Bernhard Daldrup zeigt sich abschließend rundum zufrieden mit seiner Veranstaltung: „Uns ging es heute darum, wie wir das Bauen zukunftsfähig gestalten können. Zement und Beton sind dafür weiterhin unverzichtbar. Die vorgestellten Projekte haben uns gezeigt, dass wir der Zukunft schon sehr nah sind. Dennoch wurde uns auch wieder klar gemacht, dass es noch viele Anforderungen an Politik und die Unter-nehmen gibt“, lenkt er ein: „Wir müssen jetzt schnell die notwendigen Grundvoraussetzungen für die Marktfähigkeit von „grünem“ Zement auf allen Ebenen schaffen. Durch den heutigen Dialog wurden die Weichen dafür gestellt, dass wir den vorgestellten Modellprojekten zeitnah zur Durchsetzung verhelfen können.“



Ein Plädoyer für die Freundschaft: Beziehungen zwischen Deutschland und Polen – und was Putin damit zu tun hat (1/2)

Sendenhorst. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen stand im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung, zu der die SPD Dietmar Nietan, Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, eingeladen hatte. Natürlich spielte auch Putins Krieg in der Ukraine eine Rolle. Ein Originalartikel von Josef Thesing.



Dietmar Nietan ist in diesen schwierigen Monaten ein gefragter und viel beschäftigter Mann. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Rheinland, der auch Schatzmeister der Bundes-SPD ist, ist Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Nicht als Diplomat, dafür ist die Regierung selbst zuständig. Er kümmert sich um die zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit von Deutschen und Polen. Er sieht seine Aufgabe darin, zur weiteren Annäherung beider Gesellschaften beizutragen und gemeinsame deutsch-polnische Projekte voranzubringen.

Nietan gehört dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages an und ist dort Berichterstatter für die SPD-Fraktion unter anderem über das, was sich in der Ukraine tut. „Es gibt viel zu tun und zu reden“, sagt Nietan am Sonntagmorgen im Gespräch mit der Redaktion.

Europa in Partnerschaft stark machen

Und bei all dem mischt derzeit der russische Präsident Wladimir Putin nicht nur im Hintergrund kräftig mit.

Ein komplexer und schwieriger Themenbereich also, den Nietan mit nach Sendenhorst ins Foyer der Firma Erdnuß Druck gebracht hat. Nietan ist der vierte prominente Gast, den die Sendenhorster SPD zu ihrem 100-jährigen Bestehen eingeladen hat. Diesmal geht es – hoch aktuell – um das Verhältnis der Deutschen zu ihren mittel- und osteuropäischen Nachbarn, vor allem zu Polen, wo sich Nietan auskennt. „Angesichts der russischen Aggression sind Deutsche und Polen heute mehr denn je gefordert, in enger Partnerschaft Europa stark zu machen und für unsere gemeinsamen Werte einzutreten“, sagt Nietan. (1/2)

Ein geschichtlich schwieriges Verhältnis (2/2)

Geschichtlich gesehen, war das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen oft mindestens schwierig, manchmal mehr als dramatisch. Das habe heute immer noch Vorbehalte und auch Existenzängste auf polnischer Seite zur Folge. Bernhard Daldrup, Kollege von Dietmar Nietan im Deutschen Bundestag, erinnerte daran, dass „Polen mehrfach von der Landkarte einfach verschwunden war“. Da sei es nur verständlich, so Dietmar Nietan, dass sich viele in Polen derzeit wieder große Sorgen machten – und auch, dass die damalige Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr heute auf den Prüfstand gestellt werde, weil Putin so vorgehe, wie er vorgehe. Dietmar Nietan: „Die Polen haben uns die Hand zur Versöhnung gereicht.“

Die Zustimmung in Polen zur EU sei – unabhängig von der derzeitigen Regierung, die Freiheitsrechte einschränke – insgesamt groß. Für die Polen sei es wichtig, wertgeschätzt zu werden, vor allem auch von Deutschland. Sie wollten innerhalb der EU nicht als „arme Brüder“ dastehen. Man solle sich daran erinnern, dass „die Polen uns die Hand zur Versöhnung gereicht haben“ – trotz allen Leids. Darauf sollte aufgebaut werden, völlig unabhängig von der derzeitigen polnischen Regierung oder auch vom Tun von Wladimir Putin. „Polen und Deutschland haben einen hohen Bildungsstand und eine große wirtschaftliche Potenz“, so Nietan. Und manchmal sei es durchaus von Vorteil, mal etwas intensiver zuzuhören. „Wir hätten die Hinweise unserer mittel- und osteuropäischen Freunde ernster nehmen müssen“, sagte Nietan mit Blick zum Beispiel auf die Abhängigkeit der Deutschen von Russland, etwa beim Gas.



Und Putin? Der halte sich nicht an völkerrechtlich bindende Verträge und glaube, die „Größe und Glorie“ der Zeit vor dem Zerfall zurückbringen zu können, weil der Zusammenbruch für Diktatoren wie Putin „eine Katastrophe“ sei. „Der Westen ist wieder das Feindbild“, meinte Nietan. Entspannung? „Im Moment müssen wir davon ausgehen, dass es schlimmer wird. Auch weil Putin seinem eigenen Volk misstraut. Die Rechtsstaatlichkeit wird abgeschafft.“

Vom Streit, etwa zwischen Deutschen, Polen und auch innerhalb der EU, profitiere nur einer: Wladimir Putin. Deshalb könne man, meint Dietmar Nietan, das Verhältnis ganz gut pragmatisch sehen: „Uns verbindet mehr, als Dinge uns trennen.“ (2/2)

Fotos: Florian Götting. Text: Josef Thesing.

Bürgersprechstunde am 04. Oktober

... immer ein offenes Ohr!

Ihr habt ein Anliegen oder möchtet gerne mit Eurem Abgeordneten ins Gespräch kommen? Dann meldet Euch gerne zur nächsten Bürger*innensprechstunde an!

Diese findet am Dienstag, den 04. Oktober von 17:00 bis 18:30 bei mir im Wahlkreisbüro im Willy-Brandt-Haus statt.

Ihr findet uns in der Roonstraße 1, 59229 Ahlen.

Wählt einfach auf der Homepage Euren Wunschzeitraum aus und teilt mir zudem bitte euren Namen, euer Anliegen und eure Mailadresse für eventuelle Rückfragen mit.

Hier könnt Ihr Euch direkt anmelden!

Natürlich könnt Ihr Euch auch telefonisch registrieren – unter der

02382 914422



www.bernhard-daldrup.de/buergersprechstunde

Termine der Woche



Am Donnerstag habe ich eine **Schülergruppe der Gesamtschule Ennigerloh-Neubeckum** im Bundestag empfangen. Nach einer Führung im Paul-Löbe-Haus haben wir in einem gemeinsamen Gespräch über die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Pläne der Bundesregierung zur Cannabis-Legalisierung diskutiert.

Beim Parlamentarischen Frühstück des Deutschen Tierschutzbundes stand die Lage der Tierheime im Mittelpunkt. Zu den Problemen gehören gestiegene Energiekosten, die Mehrbelastung durch Abgabetierte und die Folgen der Flutkatastrophe 2021. Deshalb freue ich mich, dass die Bundesregierung ein **Zuschussprogramm in Höhe von fünf Millionen Euro** auf den Weg gebracht. Die Antragstellung ist ab dem 27. September möglich.



Ich habe mich sehr gefreut, dass das **Nationalteam Deutsches Baugewerbe** dem Fachgespräch "Grüner Zement" beigewohnt hat. Die Handwerkmeister bereiten sich derzeit auf die internationalen Berufswettbewerbe "WorldSkills Competition 2022 Special Edition" in Oranienburg und in Berlin vor. Ich wünsche dem Nationalteam viel Glück und viel Erfolg!

